



HESSISCHER LANDTAG

14. 06. 2016

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

betreffend Änderungen der EEG-Novelle nicht ausreichend - Planwirtschaft im Strommarkt beenden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die geplante Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) die grundlegenden Probleme der deutschen Energiepolitik nicht lösen kann und insbesondere die Beseitigung der Planwirtschaft auf dem Strommarkt notwendig ist.
2. Der Landtag stellt fest, dass die durch das EEG verursachten Kosten für die hessischen Stromverbraucher weiter zunehmen. So stieg die zwangsweise von den Verbrauchern abzuführende EEG-Umlage für 2016 auf das Rekordniveau von 6,35 Cent pro Kilowattstunde und wird im nächsten Jahr voraussichtlich erneut deutlich ansteigen, während der Marktwert einer Kilowattstunde Strom weiter gefallen ist (erstes Quartal 2016 nur etwa 2,5 Cent pro Kilowattstunde).
3. Der Landtag stellt fest, dass infolge der zunehmenden Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom die Netzstabilisierungskosten (z.B. Vergütungen für abgeschaltete Windkraftanlagen) massiv ansteigen und für solche Redispatch-Maßnahmen allein im Jahr 2015 über eine Milliarde Euro anfielen, die durch die Stromverbraucher über immer höhere Netzentgelte bezahlt werden müssen. Nach Schätzungen werden bis 2020 die Redispatch-Kosten auf bis zu 5 Mrd. € jährlich ansteigen.
4. Der Landtag stellt fest, dass vielen hessischen Unternehmen in energieintensiven Branchen drastische Mehrbelastungen durch Änderungen bei der besonderen Ausgleichsregelung drohen. In der Folge sind der Verlust vieler Industriearbeitsplätze, mittel- und langfristig die Verlagerung energieintensiver Unternehmen aus Hessen zu befürchten.
5. Der Landtag stellt fest, dass von den im Bundesbedarfsplangesetz als notwendig definierten 6.100 km Stromnetzleitungen laut Monitoringbericht der Bundesnetzagentur (Stand Mai 2016) insgesamt erst 350 km Leitungen genehmigt und 65 km Leitungen realisiert wurden, im ersten Quartal 2016 insgesamt 6 km. Folglich ist bisher erst rund 1,1 % des notwendigen Netzausbaus umgesetzt worden. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass der Übertragungsnetzbetreiber Tennet massive zeitliche Verzögerungen beim Bau der Sued-Link-Trasse sowie drastische Kostensteigerungen angekündigt hat.
6. Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung das Land Hessen als Netzengpassgebiet einstuft und der Bund deshalb eine deutliche Reduzierung des Zubaus der Windkraft in Hessen anstrebt. Solange die Strominfrastruktur nicht vorhanden ist, macht der weitere Ausbau von Erzeugungskapazitäten weder technisch noch volkswirtschaftlich Sinn. Jede weitere Windkraftanlage verschärft die beschriebenen Probleme.
7. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, den Entwurf der EEG-Novelle so zu überarbeiten, dass in Zukunft alle Subventionen und Privilegierungstatbestände zugunsten Erneuerbarer Energien entfallen und an die Stelle der ausufernden Planwirtschaft eine freie, wettbewerblich organisierte Marktordnung tritt. Insbesondere lehnt der Landtag politische Festlegungen von Strommengen nach Erzeugungsart sowie politisch festgelegte Strompreise ab. Das EEG hat sich nicht bewährt und kann entfallen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Juni 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch